

Die traditionellen Massenmedien sind, mit Ausnahme des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, in einer Finanzierungskrise. Sie werden sich geschrumpfen müssen, aber ihre Relevanz erhalten können – weil wir funktional wie normativ auf professionelle Auswahl- und Bewertungsleistungen angewiesen sind. Die Medienmacht wird also nicht schwinden, im Gegenteil: weniger Medienunternehmen, weniger selbstständige publizistische Einheiten, weniger unabhängige Nachrichtenagenturen und weniger professionelle Journalisten werden den Ton angeben. Technologiekonzerne und andere Marktakteure werden mehr und mehr da-

zu übergehen, journalistische Produkte wie Leistungen zu simulieren zugunsten ihrer merkantilen Interessen. Die Zivilgesellschaft kann punktuell intervenieren, wenn sie sich des sozialen Potenzials der Netzkommunikation bewusst wäre. Die bloße Vermehrung von individuellen Mitteilungen und das punktuelle Mitkommentieren von Vorgängen ermöglichen schon Social Media und das Web 2.0. Das vermag im Einzelfall viel sein, reicht aber strukturell nicht aus, um neuen Machtballungen, die auch publizistisch und somit gesellschaftspolitisch relevant sind, vorzubeugen. Mitmachen ohne Vorturner will geübt sein.



Otfried Jarren

ist Ordinarius für Publizistikwissenschaft am Institut für Publizistikwissenschaft und Medienforschung der Universität Zürich und Präsident der Eidgenössischen Medienkommission.

o.jarren@ipmz.uzh.ch

Rudolf Walther

Medial induzierte Entpolitisierung

Signatur und Habitus des konformistischen Journalismus

Der Kritische Journalismus war einst gedacht als Korrektiv und stand deshalb oft quer zum »realpolitischen« *business* und zu durchsichtigen Interesse- und Machtkalkülen. Er war der Aufklärung verpflichtet.

Für große Teile der Presse, ganz abgesehen von den Sumpflüthen des privaten Fernsehgeschäfts und der Boulevardpostillen, sind das intellektuelle, politische und moralische Ansprüche von gestern. So war etwa die sang- und klanglose Aufgabe von kritischen Ansprüchen der hessischen Grünen, die sich für zwei Ministerposten im Landeskabinett alles abkaufen ließen, wofür ein Teil der Partei einmal stand, in maßgeblichen Teilen der Presse kaum ein Thema. Und wenn doch, bekamen die Hes-

sen-Grünen jede Menge Beifall für ihren »Realismus«, ihre »staatsbürgerliche Verantwortung« und den Beweis ihrer Regierungsfähigkeit, als ob Mitmachen, Mitregieren, Mitkungeln und Mitsingen – wobei, weshalb und wofür auch immer – ins demokratische Pflichtenheft gehörten. Selbst in der taz gab es nur ein lauwarmes »Pro« und »Contra« zu den Gummi-Grünen in Hessen, die sich nach allen Richtungen verbogen. Aus dem konformistischen journalistischen Unisono-Habitus ragte außer dem Neuen Deutschland der Kommentar von Jens Schneider in der Süddeutschen Zeitung (18.12.2013) heraus, der die Koalitionsvereinbarung von Schwarz und Grün kurz und bündig kommentierte: »peinlich«.

Bis zum Jahr 2050 soll Hessen mit grünem Strom versorgt werden. Dann werden Volker Bouffier 99 Jahre und Tarek Al-Wazir 79 Jahre alt sein. Jens Schneider nannte dieses Ziel »lächerlich bescheiden« und »erbärmlich« und angesichts der grünen Programmatik und Wahlkampf-Rhetorik schlicht eine Kapitulation: »Die Grünen standen für den Bruch mit falschen Sachzwängen« und kritisierten zu Recht und mit schlüssigen Argumenten »die Logik des gnadenlosen Wachstums zulasten der Schöpfung«.

Grotesk ist nicht, dass drei Viertel des konformistischen grünen juste milieu auf der grünen Landesmitgliederversammlung der Koalition zustimmten. Grotesk und politisch gefährlich ist, dass große Teile der Presse in den Chor einstimmten und damit nur das politische Desinteresse des Publikums und dessen Entpolitisierung befördern.

Das zeichnete sich schon im Wahlkampf zu den Bundestagswahlen ab, in dem der radikalpopulistische Vorschlag Seehofers, ausländische Autobahnbenutzer exklusiv zur Kasse zu bitten, eine größere Rolle spielte als der desolater Zustand des Bildungswesens oder der EU. Und das erste Thema, das der Populismus der Mitte nach den Wahlen entdeckte, war die Beschränkung der Freizügigkeit für EU-Bürger aus dem Südosten Europas, die der abgemeierte Bundesinnenminister Friedrich (CSU) und einige bayerische Hinterbänker – zusammen mit der selbsternannten »Springer-APO« – pauschal als »Flüchtlinge in den deutschen Sozialstaat« abqualifizierten. Die CSU will mit dieser Stimmungsmache die Konkurrenz von rechts bei den Europawahlen überbieten.

In der Presse wurde diese rüde Attacke auf das geltende EU-Recht der Personenfreizügigkeit ebenso zahm diskutiert wie der biedere Profilierungsversuch eines Leipziger Juraprofessors, der die Mitgliederbefragung der SPD mit winkeladvokatorischen Argumenten als »verfassungswid-

rig« hinstellte, so als ob innerparteiliche Demokratie mit Vorstandsbeschlüssen identisch wäre und nicht auch Mitgliederstimmen bedeuten könnten. Das Bundesverfassungsgericht hat dem professoralen Schaumschläger in seiner Eilentscheidung heimgeleuchtet.

Ein einziger Satz des FAZ-Redakteurs Jasper von Altenbockum zur SPD-Mitgliederbefragung beleuchtet das Demokratieverständnis der konservativen Meinungsmacher, denen zufolge »direkte Befragungen meistens« damit enden: »Eine Minderheit wird darüber entscheiden, welchen Weg die Mehrheit nehmen soll« (18. 11.2013). Ungefähr so rechtfertigten die Konservativen in Preußen die Aufrechterhaltung des Dreiklassenwahlrechts bis 1918 und die Deutschnationalen betrieben so bis 1933 die Delegitimierung der Weimarer Demokratie.

Eine ZDF-Journalistin, die Sigmar Gabriel mit *Neokonservative Kampfbegriffe* unbedarften Vermutungen zur SPD-Mitgliederbefragung traktierte, erhielt in der Presse mehr zustimmende Kommentare als die Antwort Gabriels, der sich nicht auf das intellektuelle Niveau der naiven Fragen begeben mochte.

Die Signatur und der Habitus des maßgeblichen konformistischen Journalismus ist auf Wohlstandschauvinismus und Besitzstandswahrung getrimmt. Denkfiguren, die sich hinter neokonservativ imprägnierten Kampfbegriffen (»Multikultivisionen«, FAZ 9.1.2014) verstecken, sind salonfähig. Wie die Kanzlerin spricht der Mainstream des Journalismus nach wie vor von der »Euro- und Staatsschuldenkrise«, so also ob die Rettungsoperationen und -versprechen dem Euro oder einzelnen Staaten (»den faulen Griechen«) golten hätten und nicht den nordeuropäischen Banken und anderen Anlegern, die sich in der Bonität ihrer Schuldner getäuscht hatten und nun selbst vor dem Ruin standen, weil die Schuldnerstaaten die freihändig verteilten Kredite und die hohen Zinsen

dafür nicht mehr bezahlen konnten. Die »Hilfe« der EZB, des Währungsfonds und einzelner Zentralbanken bestand im Wesentlichen in einer Rosskur für die Bürgerinnen und Bürger hoch verschuldeter Staaten und im Kaputtsparen von deren sozialstaatlichen Sicherungssystemen. Die gesamteuropäische Solidarität bestand und besteht aus rigiden Austeritätsprogrammen, nicht aus »Hilfe«. Die Vorgabe an die verschuldeten Länder, gleichzeitig die Löhne zu senken, die Staatsausgaben zu drosseln und die Schulden zu tilgen, gleicht der Quadratur des Kreises oder dem Ratschlag, Probleme durch Selbstmord zu lösen. Vernünftige Lösungsvorschläge wie Schuldentilgungsfonds, Eurobonds oder ein Marshallplan für die südlichen EU-Mitglieder werden nicht einmal debattiert. Dass die Austeritätsprogramme zum Teil gegen die Europäische Grundrechtscharta und den UN-Sozialpakt verstoßen, ist kein Thema.

Die sozialen und ökonomischen Asymmetrien unter den EU-Staaten wachsen. Einmal abgehängt, haben schwache Staaten keinerlei Chancen mehr, an der wirtschaftlichen und sozialen Prosperität innerhalb der EU zu partizipieren. Jugendlichen in den südlichen Mitgliedsländern bleibt nur noch die Wahl zwischen Verarmung und Emigration. Aber die dringend benötigte Harmonisierung der Steuer-, Wirtschafts- und Finanzpolitik innerhalb der EU betrachten die deutschen Eliten und ihre publizistischen Lautsprecher als Attacke auf den »deutschen Fleiß«, so als ob der wachsende deutsche Wohlstand dem »Fleiß« und nicht hauptsächlich den gestiegenen Absatzchancen auf dem vergrößerten und deregulierten europäischen Binnenmarkt und den relativ tiefen Löhnen deutscher Arbeiter und Angestellter zu verdanken wären.

Während der griechische Außenminister und Sozialist Evangelos Venizelos »die Bewahrung der institutionellen Gleichheit der EU-Mitgliedsstaaten« anmahnt, begehen sich große Teile der konservativen Presse schon in die Nähe der »Alternative für Deutschland«, die – wie die CSU – Angst vor Einwanderung und Fremdenhass schürt. Die Dauerbearbeitung des Publikums mit Spekulationen, was »uns« der Süden mit seinen Problemen noch kosten könnte, befördert nationalistisch imprägnierte Ressentiments, den Stammtisch-Populismus und letztlich die Entpolitisierung.

Zu den wirkmächtigsten Formaten der medial induzierten Entpolitisierung gehört die TV-Talk-Show. Bei den öffentlich-rechtlichen Sendern hat sich das Format als Dauerbrenner etabliert.

Freilich gibt es im Medien- *Aufgepumpte Scheinthemen* wesen nichts, was nicht noch – etwa mit skandalträchtig aufgepumpten Scheinthemen – über-, bzw. unterboten werden könnte. Eine spezielle Form dieser Unterbietung durch Überbietung läuft wöchentlich im Deutschlandfunk unter dem Label »Kulturgespräch«. Diese Meta-Talk-Show lässt mit ihren Diskutantinnen und Diskutanten aus den hinteren Reihen die während der Woche bereits x-fach durchgenudelten Talk- und Boulevard-Stoffe am Wochenende noch einmal Revue passieren. Dieses Radioformat lebt wie die Metaethik von der Illusion, es ließe sich über ethisch-moralische bzw. meinungsstark-politische Aussagen Anderer schwatzend eine gleichsam wertneutrale Position des Oberschiedsrichters oder Geschwätzdurchblickers gewinnen. Aber auch hierbei bleibt pseudopolitisches oder entpolitisierendes Geschwätz über Geschwätz einfach nur Geschwätz.



Rudolf Walther

ist Historiker und freier Publizist. Er arbeitet für Schweizer und deutsche Zeitungen und lebt in Frankfurt/M. Unter dem Titel *Aufgreifen, begreifen, angreifen* ist soeben der dritte von geplanten vier Bänden mit seinen Arbeiten im Oktober-Verlag erschienen.

rudolf.walther@t-online.de